



Förderung klimafreundlicher und nachhaltiger Finanzstrukturen

Die ökologischen Krisen dieses Jahrtausends – allem voran die Klima- und Biodiversitätskrise – stellen uns vor die Herausforderung, den Umgang mit den natürlichen Ressourcen unseres Planeten grundlegend zu überdenken. Sei es mit Blick auf die Bewirtschaftung von Grund und Boden – oder gar darüber hinaus – oder die Ressourcen, auf die wir zur Energieerzeugung und -verwertung zurückgreifen. Um zu Gunsten dieser unserer Erde und den Generationen, die sie künftig bevölkern werden, Veränderungen in den genannten Bereichen zu erzielen, sind zwingend auch die dazu erforderlichen finanziellen Gegebenheiten zu betrachten: So bedarf es etwa für den Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung oder die Umstellung globaler wie lokaler Landwirtschaften umfassender Finanzströme... für Forschung und Entwicklung, die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien und vieles mehr.

Jedoch sind die Finanzsektoren der globalen Marktwirtschaften und Märkte aktuell lediglich darauf ausgerichtet, möglichst viel Profit abzuwerfen, während andere Kriterien für Investitionsentscheidungen kaum relevant sind. Daher soll sich der Wirtschafts- und Sozialrat von MUNBW 2024 insbesondere mit den folgenden zwei Fragen beschäftigen: Was macht eine Investition überhaupt (nicht-) nachhaltig und wie lassen sich solche Investitionen klassifizieren? Wie wäre die Finanzwirtschaft strukturell zu verändern, sodass mehr Mittel in nachhaltige Investitionen fließen?

Anforderungsniveau: Mittel.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Hintergrund und Grundsätzliches

Aktuelles

Probleme und Lösungsansätze

1. Vereinheitlichung von Standards

Abbildung 1: Kreislaufwirtschaft

2. Strukturelle Veränderung

Punkte zur Diskussion

Für die Recherche

Quellenangaben

Begriffserläuterungen



Einleitung

Nach plastikfreien Produkte im Supermarkt suchen, das Fahrrad oder den öffentlichen Nahverkehr statt das Auto nutzen oder kürzer duschen... Wir alle wissen, dass wir schon mit kleinen Veränderungen in unseren Gewohnheiten zur Verlangsamung des Klimawandels beitragen können. Und natürlich stimmt, dass viele Einzeltaten in ihrer Summe einen erheblichen Beitrag hin zu einer nachhaltigeren Welt leisten. Jedoch verblasst der Einfluss, den ein paar Plastikbecher mehr oder weniger auf die Umwelt und die globalen CO₂-Emissionen haben, angesichts jedes neu gebauten Kohlekraftwerks, jeder weiteren Abholzung unserer Wälder und jeder Müllverbrennungsanlage, die weiterhin in Betrieb ist.

Vor diesem Hintergrund leuchtet ein, dass zur Bekämpfung des Klimawandels nicht auf das Pflichtbewusstsein der einzelnen Verbraucher*innen allein gesetzt werden kann, sondern sich unsere Wirtschaftsordnung im Gesamten ändern muss. Dies kann nur geschehen, wenn nationale Regierungen und internationalen Organisation Strukturen und rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, auch diejenigen in die Verantwortung zu nehmen, die tagtäglich darüber entscheiden, wie die Industrien und Märkte von morgen aussehen werden – Großkonzerne und Investor*innen.

Hintergrund und Grundsätzliches

Kaum etwas hat einen so großen Einfluss auf das Leben der Menschen auf dieser Welt wie die globalen Wirtschafts- und Finanzstrukturen. In welche Projekte und Firmen investiert wird, bestimmt, wie der Strom der Zukunft produziert wird, welche Transportmittel zur Verfügung stehen und wie nachhaltig die Produkte sind, die es zukünftig zu kaufen gibt. Neben staatlichen Subventionen und von Regierungen durch Steuergeld geförderten Projekten, ist ein Großteil des Geldes, das in die CO₂-intensiven Sektoren investiert wird, privat.

Es stellt sich also die Frage, was die globalen Finanzstrukturen damit zu tun haben, wo und wie Investitionen getätigt werden. Weltweit werden Aktien gehandelt, da sie den Vorteil bringen, dass ein einzelnes Unternehmen das Risiko, ob es finanziellen Erfolg haben wird, auf mehrere Aktionär*innen verteilen kann. Für diese ist die Aussicht, dass auch die potenziellen Gewinne verteilt werden können, der Anreiz, mit einem Kauf von Aktien das jeweilige Unternehmen finanziell zu unterstützen. Dies erklärt, warum die meisten der global größten und einflussreichsten Unternehmen als Aktiengesellschaften organisiert sind. Nicht selten sind sie an vielen Orten aktiv, halten Standorte und Tochterunternehmen weltweit und bringen ein Finanzvolumen auf, das größer ist als das von vielen ärmeren Staaten dieser Welt. Ihr Einfluss darauf, ob unser Leben auf der Erde sich nachhaltig entwickelt oder nicht, ist entsprechend kaum zu unterschätzen.

Die Frage, über welche Aktien welche Unternehmen und welche Entscheidungsträger*innen in ihren wirtschaftlichen Unternehmungen gefördert werden, hat entsprechend weitreichende und direkte Konsequenzen auf die Frage, ob uns eine nachhaltige Zukunft gelingen kann, ganz egal, ob es sich bei dem*der Aktionär*in um eine Regierung, einen Fonds oder eine Privatperson handelt.



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

Wie lässt sich aber bestimmen, ob eine Investitionen oder überhaupt ein Geldfluss nachhaltig war? Wonach ist der Nutzen bestimmt, den die nachfolgenden Generationen an ihnen haben? Wie immer, wenn es darum geht, nachhaltiges Handeln zu definieren, so hilft auch bei Finanzen der Blick auf die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (*Sustainable Development Goals, SDG*). Jede Aktivität auf den globalen Finanzmärkten sollte sich nach ihnen bemessen.

Zum einen können durch investierte Gelder Schulen oder Krankenhäuser gebaut werden, was offensichtlich in diesen Fällen bessere Bildung und Gesundheit für die nachfolgenden Generationen garantiert. Zum anderen gibt es auch viele auf den ersten Blick nicht sofort auffallende Faktoren, wie die Frage, ob an einem finanzierten Projekt oder Unternehmen mindestens zur Hälfte Frauen an Führungspositionen beteiligt sind, um das SDG 5, die Geschlechtergerechtigkeit zu fördern.

Aktuelles

Nicht selten ist die Frage nach nachhaltigen Finanzstrukturen eine politische und damit keine, die sich auf einen schnellen Konsens bringen lässt – besonders, wenn die Interessen verschiedenster Staats- und Finanzsysteme aufeinander treffen.

Unlängst machte die Europäische Union Schlagzeilen, nachdem sie in ihrer Taxonomieverordnung den Atomkraftsektor als grün und nachhaltig einstufte. **Taxonomie** beschreibt dabei ein Instrument zur staatlichen Steuerung von Investitionen, mit dem die Europäische Union Wirtschaftssektoren verbindlich als nachhaltig bzw. grün deklariert und es somit messbar macht, wann eine Investition nachhaltig ist. Diese Verordnung basiert zwar im Grunde auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, wurde aber – insbesondere von Vertreter*innen der Mitgliedstaaten Deutschland und Frankreich – bis zuletzt in Hinblick auf die besagte Inklusion der Atomkraft kontrovers diskutiert. Es fehlt also weltweit Einigkeit darüber, wie Nachhaltigkeit insbesondere im Energiesektor (dem CO₂-intensivsten Sektor) zu verstehen ist.

Darüber hinaus ist fraglich, wie und durch wen sichergestellt ist, dass Investitionen ausschließlich in Grüne Projekte und Unternehmen fließen. Um beim Beispiel der EU-Taxonomie zu bleiben: Diese ist verbunden mit einer Transparenzpflicht, nach der Teilnehmende an den Finanzmärkten angeben müssen, wie klimaschädlich oder -freundlich „das Geld arbeitet“, das man bei ihnen anlegt.

Da jede vorstellbare Maßnahme, die globale Finanzstrukturen so umzustellen geeignet ist, dass mehr Geld in nachhaltige Projekte fließt, zugleich in die unternehmerische Freiheit der Adressierten eingreift, ist es schwierig, eine allen Beteiligten verhältnismäßige Lösung zu finden. Klar ist aber auch, dass die globalen Finanzstrukturen aktuell nicht nachhaltig sind. Die einzige Möglichkeit, die Auswirkungen dessen in Gestalt der Klimakrise zu bekämpfen, ist eine fundamentale Wende unserer Gewohnheiten in Energie, Mobilität und Konsum. Wegen des hohen Finanzvolumens hierauf gerichteter Vorhaben können diese nicht allein von staatlichen Subventionen getragen werden. Die privaten Anlagen und somit die Finanzstrukturen müssen ebenso ihren Beitrag leisten.



Probleme und Lösungsansätze

Um die Finanzstrukturen weltweit nachhaltiger zu gestalten, braucht es im Wesentlichen zwei Dinge von den Vereinten Nationen: Zum einen eine einheitliche Verständigung darüber, welche Sektoren und Faktoren ein Unternehmen oder ein Projekt als nachhaltig kennzeichnen. In einer globalisierten Wirtschaftsordnung sind einheitliche weltweite Standards unabdingbar.

1. Vereinheitlichung von Standards

Nachhaltigkeit hat viele Dimensionen. Selten ist von einer großen Finanztransaktion nur eines der 17 Nachhaltigkeitsziele der UN betroffen. Ein besonderes Augenmerk ist auf **das zwölfte Nachhaltigkeitsziel (SDG 12)** zu legen – die Schaffung von nachhaltigem Konsum und nachhaltiger Produktion. Dieses Ziel soll vor allem einem Wirtschaftswachstum, das die Grenzen der natürlichen Ressourcen des Planeten sprengt, entgegenwirken. Eine Wirtschaft, in der Investitionen mit dem ausschließlichen Ziel getätigt werden, Gewinne der involvierten Geldgeber*innen und Konzerne zu maximieren ist dabei jedoch eine, die eben diese Gefahr birgt.

Gut darstellen lässt sich dieses Phänomen an der Frage, ob Verbraucher*innen ein sogenanntes „**Right to repair**“ zusteht, also das Recht, Produkte eigenständig zu reparieren oder reparieren zu lassen und so deren Lebensdauer zu verlängern. Gerade bei Technik-Produkten, deren Neuproduktion häufig auf Seltene Erdmetalle angewiesen ist, verbraucht ein Geschäftsmodell, das darauf ausgelegt ist, dass die Verbraucher*innen sich regelmäßig ein neues Produkt zuzulegen, mehr Ressourcen als der Weltbevölkerung zur Verfügung stehen.

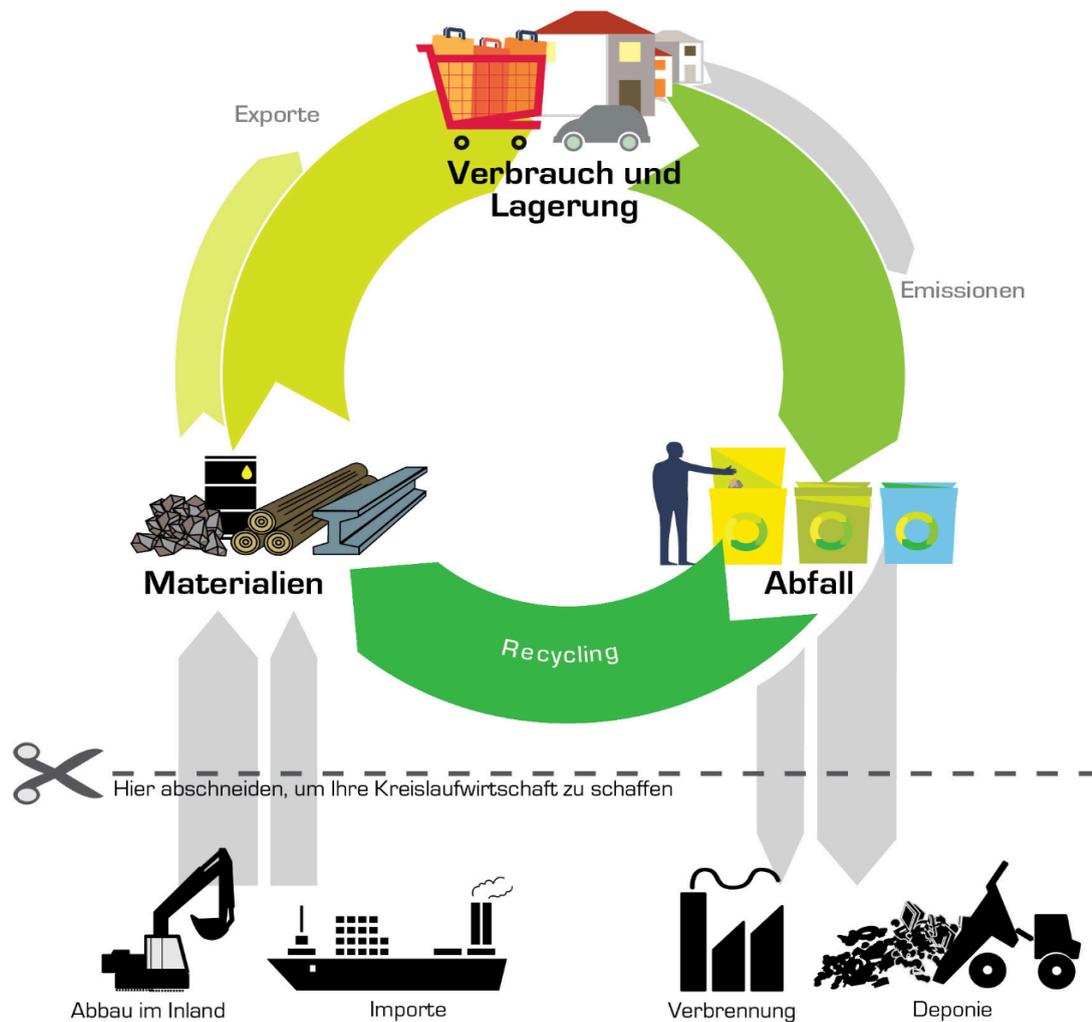
Eine weitere Möglichkeit zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen in Produktion und Konsum ist das Anstreben einer sogenannten **Kreislaufwirtschaft**. Der Begriff beschreibt eine Wirtschaft, in der Ressourcen nicht einmalig zur Produktion verwendet und sodann entsorgt werden, sondern möglichst wiederverwendet oder recycelt werden – das heißt, mehrere Nutzungszyklen durchlaufen. Viele Ressourcen, zum Beispiel besonders langlebige Wertstoffe wie Plastik, verlieren ihren Nutzen nämlich nicht nach bloß einmaliger Verwendung.

Die Produktion Nutzung von Rohstoffen können etwa mithilfe von Pfandsystemen oder Recycling darauf ausgelegt werden, dass Ressourcen den Produktions- und Konsumprozess mehrfach durchlaufen und auf diesem Wege in ihrem absoluten Verbrauch beschränken. Eine weitere Möglichkeit wäre die staatliche Subventionierung von Anbauten nachwachsender Rohstoffe.

Kurzum – wesentlich ist für das Bestreben nachhaltiger Marktwirtschaften, ob sich sämtliche Akteur:innen der Wertschöpfung von der Konzeptionierung eines Produkts bis hin zu den Verbraucher*innen an einer zukunftsorientierten Kreislaufwirtschaft beteiligen.

Wie können wir unsere Wirtschaft kreisförmig und ressourceneffizient gestalten?

Aktuell verbrauchen wir mehr Ressourcen, als unser Planet in einem bestimmten Zeitraum erzeugen kann. Wir müssen die Menge an Abfall, die wir erzeugen und die Menge an Materialien, die wir abbauen, reduzieren.



12,4
Tonnen Materialien pro Kopf **abgebaut** in der EU.

3,2
Tonnen Materialien pro Kopf **importiert** in die EU.

1,3
Tonnen Materialien pro Kopf **exportiert** aus der EU.

Abbildung 1: Kreislaufwirtschaft

Mit den SDG ist zwar das Ziel, nicht aber der Weg geebnet – das heißt, es sind die Maßnahmen nicht konkretisiert, die zu einem nachhaltigen Finanzwesen beitragen könnten.



Das lässt sich an dem bereits erwähnten Beispiel der Atomkraft veranschaulichen. Oder genauer – dem Streitpunkt, ob diese trotz des Risikos von Naturkatastrophen durch Unfälle, mangelhafte Wartung oder gezielte Angriffe als moderne Kriegsführungstaktik sowie der ungeklärten Endlagerung – eine Beeinträchtigung der SDG 3, 6, 14 und 15 – einen Beitrag zur Erreichung von SDG 7 leisten kann. Das ist aber nur eine der Unklarheiten darüber, welches der beste Weg in eine nachhaltigere Zukunft ist. In diesem Zusammenhang ist außerdem die Abwägung von Klimaschutz mit Natur- und Artenschutz zu nennen, die etwa bei Großbauprojekten zur Erzeugung von Strom eine Rolle spielt. Mit dem Abschied von fossilen Energiequellen und infolge des weltweit steigenden Energieverbrauchs werden in Zukunft deutlich mehr Anlagen, die erneuerbaren Strom erzeugen, benötigt. Für den Betrieb solcher Anlagen bedarf es wiederum des Einsatzes nicht erneuerbarer Ressourcen wie Seltene Erden. Auch kommen sie häufig in Konflikt mit den Ökosystemen, in denen sie errichtet werden, was nicht zuletzt die Beispiele von Off- und Onshore-Windparks zeigen.

2. Strukturelle Veränderung

Die zweite wesentliche Frage ist, wie die aktuellen Strukturen in der Finanzwelt so geändert werden können, dass in die als nachhaltig definierten Projekte zukünftig das Geld der Anleger*innen der Privatwirtschaft fließt. Maßnahmen, die nur einen sehr geringen Eingriff für Unternehmen bedeuten, sind Informationspflichten, wie die Europäische Union sie im Zusammenspiel mit ihrer Taxonomieverordnung vorsieht. Es ist davon auszugehen, dass viele gerade kleinere Anleger*innen in fossile oder sonstig nicht nachhaltige Aktien investieren, nicht weil sie es gut finden, sondern sie nicht wissen, wo ihr Geld hinfließt. Eine verpflichtende Aufklärung in dieser Hinsicht kann insofern bereits eine Verbesserung erreichen. Doch es bleibt ebenso zu bedenken, dass das System vor allem des Aktienhandels auf dem gegenseitigen Versprechen von finanziellen Gewinnen zwischen Anleger*in und Unternehmen beruht. Solange nicht nachhaltige Geschäftsmodelle Gewinne abwerfen und dies im Zweifel sogar stärker tun, als nachhaltige Alternativen erscheint es zweifelhaft, ob ein grünes Etikett in der Mehrheit der Investitionsentscheidungen, die jeden Tag millionenfach getroffen werden, den notwendigen Ausschlag gibt.

Staaten können in solchen Situationen, in denen die Mechanismen der freien Märkte zu kurzfristigen Gewinnen statt langfristigem Erhalt von Lebensgrundlagen tendieren, regelnd eingreifen. Möglich ist beispielsweise, die von Zentralbanken vorgegebenen Zinssätze, welche Banken bei der Vergabe von Krediten zu beachten haben mit dem Mindestanforderung einer normativ zu bestimmenden Nachhaltigkeit des mit dem Kredit zu finanzierenden Projekts zu verknüpfen. Daneben sind Steuern ein klassisches Instrument der Staaten, um das wirtschaftliche Verhalten ihrer Bevölkerungen in dem Gemeinwohl zuträgliche Bahnen zu lenken.



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

Genauer noch sind Kapitalertragssteuern, wie es sie in einigen Staaten gibt – eine weitere Maßnahme, welche stärker an Nachhaltigkeitskriterien geknüpft werden kann, sodass im Ergebnis schon die eine Entscheidung zu einer bestimmten Aktie führen kann, die der Generation von morgen und nicht nur das eigene Portfolio voranzubringen.

Wenn die Beantwortung dieser beiden Fragen gelingt, wird es möglich sein, ein weltweites Kapital zu bündeln und einzusetzen, das mit einer enormen Wirkungskraft die Wende zu einer nachhaltigen Zukunft ermöglichen kann.

Punkte zur Diskussion

- Ist der Begriff der staatlichen Entwicklung in den SDGs ausreichend definiert?
- Was macht eine Investition nachhaltig?
- Wie steht Ihr Staat im Einzelnen zu verschiedenen Möglichkeiten zur Erzeugung von erneuerbaren Energien? Was wird konkret gefördert?
- Hält Ihr Staat selbst Anteile an Unternehmen und treiben diese Unternehmen eine nachhaltige Entwicklung voran?
- Wen sehen Sie eher in der Pflicht, wenn es darum geht, nachhaltigere Entscheidungen in der Finanzwelt zu treffen? Die Anleger*innen oder die Unternehmen?
- Welche Maßnahmen halten Sie für zielführend, um sicherzustellen, dass vermehrt bis ausschließlich nachhaltige Investitionen an den Märkten getätigt werden?

Für die Recherche

Es gibt viele UN-Institutionen, die sich mit dem Thema 'Sustainable Finance' beschäftigen. Wenn Sie in der Suchmaschine Ihrer Wahl mit den Schlagworten „UN Sustainable Finance“ oder „UN Nachhaltige Finanzierung“ suchen, werden Sie in jedem Fall fündig (ggf. eher auf englisch).

Quellenangaben

Hinweis: Die Fundstellen sind jeweils verlinkt.

- Der UN „Financing for Sustainable Development“ Report 2023 (englisch); Kurze Zusammenfassung desselben (deutsch).



MODEL UNITED NATIONS BADEN-WÜRTTEMBERG

- Eine tolle Webseite der österreichischen Regierung zum Thema nachhaltige Finanzströme. Manches nur auf Österreich bezogen, aber auch vieles international relevant (deutsch).
- Die Themenseite der Europäischen Investitionsbank. Etwas mit Vorsicht zu genießen, da es aus der Perspektive des Finanzsektors geschrieben ist, dennoch interessant (deutsch).
- Die Themenseite des Europäischen Rats (deutsch).
- Green Finance Strategie Deutschland (deutsch).
- Mitteilung der Europäischen Kommission zum Aktionsplan zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums („Green Finance Strategy“ der EU) vom 8. März 2018, COM 2018/97 (deutsch).
- Für einen Überblick zu den Verordnungsvorhaben der Europäischen Kommission (Stichworte „Right to repair“ und „Taxonomie-Verordnung“) siehe gemeinsame Pressemitteilungen des Europäischen Rates und des Rates der Europäischen Union (deutsch).
- Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Richtlinie zur Förderung der Reparatur von Waren („Right to repair“) vom 22. März 2023, COM 2023/155 (deutsch).
- Bildquelle (Abbildung 1) : European Environment Agency, Infografik vom 11. März 2015.

Begriffserläuterungen

- **Taxonomie:** Ein Instrument zur staatlichen Steuerung von Investitionen in der Form einer Art Katalogs, in dem definiert wird, was als nachhaltig bzw. grün gilt. Mit diesem Katalog kann bestimmt werden, ob eine Investition nachhaltig oder nicht nachhaltig ist.
- **Kreislaufwirtschaft:** Eine Art zu wirtschaften, in der schonend mit Ressourcen umgegangen wird. Dabei wird so weit wie möglich vermieden, Dinge wegzuschmeißen, sondern versucht, diese so lange wie möglich wieder- bzw. weiter zu verwenden. Eine Kreislaufwirtschaft hat jedoch Grenzen, weil nichts unendlich wieder verwendet werden kann.
- **Right to Repair:** Konzept eines Rechts von Verbraucher*innen, Produkte zu reparieren oder reparieren zu lassen. Etwa dadurch, Unternehmen gesetzlich zu verpflichten, austauschbare Komponenten zu verwenden (Stichwort Handyakku), oder Wissen zur Reparatur zu teilen.
- **Offshore-Windparks und Onshore-Windparks:** Größere Ansammlungen von Windrädern, entweder im Meer (Offshore) oder auf dem Land (Onshore). Oft beeinträchtigen diese die Ökosysteme, in denen sie gebaut werden, zB Vögel oder Unterwasserlebewesen.